

Telegramme

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EG-Kommission schlägt vor, auf Alkohol, Tabak, Wein und Bier einheitliche, in ECU ausgedrückte Abgaben zu erheben. Das Ziel: Eine Annäherung der Preise soll Schmuggel auf sanftem Wege abschaffen.

Umgewandelt wird auch der 1979 geschaffene ECU. Er zählt nicht mehr bloss als Recheneinheit, sondern als Zahlungsmittel im EG-Raum schlechthin. Damit würde eine Währungsunion geschaffen, womit unter Umständen via Wechselkursmanipulationen unliebsame Schweizer Konkurrenz vom Markt ferngehalten werden könnte.

Beitritt unrealistisch

Angesichts dieser epochalen Herausforderung gaben die EFTA-Staaten 1984 in der Erklärung von Luxemburg zum Ausdruck, zusammen mit der EG einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Doch Franz Blankart, Schweizer Staatssekretär und als Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) de facto Architekt der Handelspolitik, findet, die Schweiz brauche nicht eine intensivierete Mitarbeit im Rahmen der EFTA, sondern ein neues, verstärktes Europabewusstsein. Das Land könne nicht länger von der EG in unzähligen Fällen Rücksichtnahme auf den Sonderfall Schweiz erwarten, wenn nicht gleichzeitig auch in jenen wenigen Fällen, in denen die EG auf unser Land angewiesen sei, ein Entgegenkommen der Alpenrepublik stattfindet. Es drohe allen Ernstes die Marginalisierung der Schweiz. Ein Beitritt aber sei unrealistisch: «Zu glauben, dass Volk und Stände noch in diesem Jahrhundert an einem lauen Mai-Sonntag» dem EG-Beitritt zustimmen würden, «ist total unrealistisch» (Rede vom 28.10.87).

Die Schweiz dürfe deshalb seine Verhandlungsposition in Brüssel nicht durch eine illusionäre Beitrittsaussicht schwächen, sondern müsse andere, praktische Wege gehen. Bevor künftig die Schweiz Normen festlege, solle sie sich bei der EG erkundigen, wie die Gemeinschaft das Problem zu lösen gedenke. Durch diese «vorgängigen Konsultationen» betreibe man eine «aktive Integrationspolitik», die einer nachträglichen Diskriminierung ausweiche.

«Falls wir indessen das Freihandelsabkommen von 1973 als den Abschluss einer Politik betrachten und der Konsolidierung der Gemeinschaft mit Interesse, aber untätig und hochmütig zusehen, so wird dem wirt-

schaftlichen und politischen Druck zum autonomen Nachvollzug schwerlich mehr standzuhalten sein. Dies würde einen Verlust an Unabhängigkeit bedeuten, der grösser wäre als jener, der mit einem Beitritt in Kauf genommen werden müsste, eine Unabhängigkeit, die wir uns gerade dadurch zu bewahren suchten, dass wir der Gemeinschaft ferngeblieben sind.» Blankart, Philosoph und Schüler Karl Jaspers, steuert zweifellos einen pragmatischen Kurs der Handelspolitik, die, eingedenk der beschränkten innenpolitischen Möglichkeiten, das Optimum der gegenseitigen Zusammenarbeit sucht, um zu verhindern, dass im neugeschaffenen Supermarkt Europa die Eidgenossenschaft höchstens in einer abgetrennten Ecke einen kleinen Kiosk betreiben darf, wo sie erst noch nur jene Produkte verkauft, die ihr die Supermarktleitung bewilligt hat.

Bruno Hofer

Telegramme

■ Die Schweiz hat mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein Abkommen im Bereich der *Terminologie* abgeschlossen. Die Fachwortbestände der EG und der Bundesverwaltung werden in der mehrsprachigen Terminologie-Datenbank der EG, dem Eurodicautom, zusammengestellt. Eurodicautom dient unter anderem dem Übersetzungswesen.

■ «Quotidiano» heisst die 7. *Tessiner Tageszeitung*, die neu seit November erscheint. Sie ist die Antwort von Chefredaktor und Gründer Silvano Toppi auf seine Entlassung durch den Bischof von Lugano am bistumseigenen «Giornale del Popolo».

■ Seit dem 1. Januar 1988 ist das ganze Paket von neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit der zweiten *Asylgesetzrevision* in Kraft. Einer der Hauptpunkte des neuen Asylverfahrens: Asylgesuche können nur noch an 25 speziell bezeichneten Grenzübergängen gestellt werden.